

# Tragödie im Tourismus-Paradies

- Ethnische Säuberung oder politischer Machtkampf? -

von Ludmilla Tüting

Von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, spielt sich zu Füßen des Himalaya eine Tragödie ab. Das vermeintliche kleine Paradies Bhutan "reduzierte" in den vergangenen fünf Jahren seine Bevölkerung systematisch von 600.000 auf eine halbe Million Menschen. Knapp 90.000 von ihnen leben heute in großen Flüchtlingslagern im flachen Südosten Nepals.

Entgegen allgemein gültigem Völkerrecht bürgerte Bhutan über 100.000 Bewohner aus und erklärte sie zu "illegalen Einwanderern", "Anti-Nationalen" und "Terroristen". Nach bhutanesischem Recht kann jeder Einwohner automatisch seine Staatsbürgerschaft verlieren, der die buddhistische Öko-Diktatur ohne Genehmigung verläßt, beispielsweise als Flüchtling, oder der freiwillig ausreist.

Mit dem Tode bestraft oder ausgebürgert werden kann ebenfalls jeder Bürger, der den König, das Königreich oder die handverlesene Regierung kritisiert. Nach Ansicht Thimphus haben sich die Flüchtlinge eines doppelten Vergehens schuldig gemacht: der angeblichen Auswanderung und des Hochverrats. Der wahre Grund ist allerdings ein anderer. Die meisten Flüchtlinge sind nepalesischen Ursprungs, und von denen will Bhutan die meisten loswerden.

Die Dissidenten sagen, es handele sich nur vorrangig um einen ethnischen Konflikt. In Wirklichkeit gehe es nur um den Machterhalt des derzeitigen Königshauses unter König Jigme Singye Wangchuck, des buddhistischen Klerus und ranghoher Beamter. Das Land von der Größe der Schweiz leide bekanntermaßen unter chronischem Arbeitskräftemangel.

## König glaubt an "Bruttosozialglück"

Vor zehn Jahren war die Welt in dem kleinen Shangri-La noch in Ordnung. Auf der Liste der Weltbank rangierte Bhutan zwar als ärmstes Land der Erde, aber niemand brauchte zu hungern und man war stolz auf seine üppigen, zum Überleben notwendigen Wälder. König Jigme Singye Wangchuck, ein dreißigjähriger Junggeselle, hielt nichts von einer Einstufung seines Landes nach der Höhe des Bruttosozialprodukts (BSP). Er ließ verkünden: "Ich bin nur am BSG, dem Bruttosozialglück, meines Volkes interessiert. Aus diesem Grund ist es uns bisher gelungen, dem zerstörerischen Druck auf unsere Umwelt und

Kultur zu widerstehen". Von Entwicklungshilfe wollte der Monarch unabhängig bleiben. Nur die Schweiz durfte ein wenig helfen. Seine ökologisch ausgerichtete Politik, wozu auch eine strikte Eingrenzung des Tourismus gehörte, wurde weltweit hochgelobt. Alle Touren sind reglementiert, Reisen auf eigene Faust verboten. Kein Fremder darf ungebeten seine Nase in Klöster stecken, kein Bergsteiger den Gipfelgöttern auf dem Kopf herumtrampeln. Das war nur in den Anfangsjahren nach 1974 vorübergehend möglich. Reisen im Land sind teuer, dafür können durchschnittlich 3.000 Auserwählte jährlich unter sich bleiben.

Nepal wird von Bhutan - nicht ganz zu Unrecht - gerne als abschreckendes Beispiel einer verfehlten Tourismuspolitik dargestellt. "Nepal heißt jeden Touristen willkommen, wir können uns das nicht leisten", betont Bhutans Botschafter in Genf, Jigme Thinley. "Wir unterscheiden uns darin, daß wir der Tatsache Rechnung tragen, eine sehr fragile Kultur, Gesellschaft und Umwelt zu haben, und daß wir deswegen unsere Kontakte zur Außenwelt einschränken müssen".

Doch dann kam alles ganz anders. Völlig landesüblich heiratete der König 1988 plötzlich vier Schwestern, mit denen er bereits acht voreheliche Kinder hatte. Der älteste Sohn wurde während der Hochzeit als Kronprinz präsentiert. Offizielle Fotos des Ereignisses gibt es nicht. Durch diesen "unmoralischen Akt" verlor er Insider-Kreisen zufolge beim einflußreichen Klerus sein Gesicht und offensichtlich auch an politischer Macht. Fortan konnten sich konservative Kräfte durchsetzen, die die neue Devise "Ein Land, ein Volk" gegen den zunächst auf Ausgleich bedachten König verwirklichten. Vom Ausland kaum wahrgenommen, begannen sie 1988 eine Kampagne gegen die im heißen, tiefen Süden des Staates lebenden Bürger nepalesischer Herkunft. Die "Südbhutanen" oder "Lhotshampas" hatten im 17. Jahrhundert ebenso mit der Einwanderung begonnen wie die derzeit herrschenden Ngalongs aus Tibet, allerdings in geringer Anzahl. Thimphu bestreitet das, hält jedoch Dokumente zur Geschichtsschreibung unter Verschluss. Zu den Ureinwohnern gehören die heute buddhistischen Sharchops, die den Osten

Die Unruhegebiete im Süden Bhutans





Bhutanische Flüchtlinge bei ihrer wöchentlichen Zusammenkunft in einem Lager im ostnepalischen Jhapa Distrikt (Foto: Bikas Rauniar)

des Landes bevölkern und bereits 1959 einen kleinen, erfolgreichen Aufstand gegen die Ngalongs wagten. Sie machen etwa ein Drittel der Bevölkerung aus.

### Massenexodus seit 1991

Kontakte zwischen Ngalongs, die seit 1907 die Könige stellen, und den bäuerlichen Lhotshampas, bestanden aufgrund mangelnder Straßenverbindungen bis Mitte der 60er Jahre kaum. Letztere durften nur im Süden leben und siedeln und wurden von eigens im Tiefland eingesetzten Beamten verwaltet.

1988 beschloß das mittlerweile geschaffene Innenministerium, die Bevölkerung im Süden zu reduzieren. Eine Volkszählung hatte die Elite im Nordwesten schockiert. Aber wie hoch der Anteil der Lhotshampas tatsächlich ist, bleibt unklar. Die Flüchtlinge geben um die 50 Prozent an. Thimphu spricht von 14 Prozent, verrät jedoch keine Einzelheiten.

Zunächst warf man 15.000 Nepalesen hinaus, die als Gastarbeiter im Straßenbau ohne gültige Papiere in Bhutan geblieben waren. Anschließend erließ Thimphu höchst umstrittene Vorschriften, die bestehende Gesetze mit einem Schlag außer Kraft setzten und um 30 Jahre zurückdatierten. "Dadurch wurden wir in sogenannte illegale Einwanderer verwandelt", beklagen die Dissidenten, "und samt unserer ungültig gewordenen Personalausweise aus dem Land gejagt".

Als ein Berater des Königs, der Südbhutanese Teknath Rizal, den Monarchen in einem Brief behutsam auf Ungerechtigkeiten und beginnende Unruhe im Süden hinwies, fiel er sofort in Un-

gnade. Nach einer vorübergehenden Verhaftung floh er nach Nepal, wurde dort jedoch Ende 1989 mit Hilfe der Polizei Nepals entführt und in Bhutan eingekerkert. Lange verschollen und von amnesty international als politischer Häftling adoptiert, erhielt er 1993 eine lebenslange Haftstrafe. Tatsächlich benutzt ihn Thimphu als Pfand. Denn sollten Nepal und Bhutan das Problem der Flüchtlinge zufriedenstellend lösen, käme er frei. Diese "Begnadigung" versprach der König drei Tage nach dem Urteil höchstpersönlich.

Der große Massenexodus aus Bhutan setzte im Juni 1991 ein. Viele wurden vertrieben, andere flohen aus Angst. Die Flüchtlinge berichteten mit großer Übereinstimmung von Einschüchterungen und Bedrohungen durch das Militär, Vergewaltigungen, Folter, dem Niederbrennen ihrer Häuser, ungezählten Festnahmen und vor allen von Sippenhaft. Ihre Sprache Nepali wurde aus dem Unterricht verbannt, die meisten Schulen im Süden ganz geschlossen. Neue Kleidungs Vorschriften, von Ordnungskräften übereifrig angewandt, sollten die Südbhutanesen in die für kalte Zonen gedachte Nationaltracht der Ngalongs zwingen. Viele wurden nach eigenen Angaben an der Ausübung ihrer Religion gehindert.

### Opposition fordert Grundrechte

Das arme Nepal möchte die Flüchtlinge ebenfalls loswerden. Internationale Hilfsorganisationen bemühen sich zwar um ihre Betreuung, darunter die Flüchtlingsorganisation UNHCR der Vereinten Nationen, Caritas und Lutherischer

Weltbund, aber die Lager entwickeln sich langsam zu Pulverfässern. Verhandlungen zwischen Nepal und Bhutan endeten ergebnislos. Indien weigerte sich, zu vermitteln oder einzugreifen. Da Bhutans Elite im Ausland studierte und trotz der Abgeschiedenheit äußerst geschickt und weltmännisch auftritt, versteht sie es blendend, ausländische Medien zu manipulieren. Eine Besuchserlaubnis erhalten nur genehme Journalisten und Wissenschaftler, auf Wunsch auch eine Audienz beim König, aber keine Genehmigung, unbegleitet oder im Süden herumzureisen. Presse- und Meinungsfreiheit sind ebenso unbekannt wie weltweit anerkannte bürgerliche oder politische Rechte. Zwar wurden zahlreiche politische Häftlinge freigelassen und auch die mittelalterlichen Haftbedingungen sollen sich nach einem - begleiteten und begrenzten - Besuch von amnesty international ein wenig verbessert haben. Aber selbst die kritischen Berichte von amnesty wußte Bhutan zum eigenen Vorteil auszuschlachten.

Die Flüchtlinge fordern in einer neuerlichen Petition an den König nicht nur "ihre schnelle Rückkehr, sondern auch die Einführung von Grundrechten". Eine im Exil gewachsene Opposition hatte mittlerweile ausreichend Zeit, sich mit Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit zu beschäftigen. Die in der Folge entstandenen Menschenrechtsgruppen und Parteien, die in Bhutan verboten sind, fürchtet Thimphu wie der Teufel das Weihwasser. Eine Einführung der Demokratie ist für Thimphu schon allein deshalb undenkbar, weil die Südbhutanesen offensichtlich über ein zu hohes Stimmpotential verfügen - trotz

"Reduzierung". Die Dissidenten halten ihre Vertreibung dennoch für den größten "strategischen Fehler" der bhutanesischen Regierung: "Im Exil wurden wir politisiert, schlauer und wütend. So schuf sich die Monarchie eine Bedrohung, die möglicherweise nie entstanden wäre, hätten die Südbhutaner im Land bleiben können".

Im Herbst 1995 gelang es der zerstrittenen Opposition, über ihren Schatten zu springen, und zwei gemeinsame Bündnisse zu gründen. Die 'Bhutanische Koalition für eine Demokratische Bewegung. Die 'Bhutanese Coalition for Democratic Movement' wird von den drei wichtigsten Parteien getragen, der 'Volkspartei' ('Bhutan Peoples Party'), den 'Nationaldemokraten' ('Bhutan National Democratic Party') und der 'Kongreß-Partei' ('Druk National Congress'; Vertretung der Sharchops). Der 'Koordinationsrat für die Appell-Bewegung' ('Appeal Movement Coordinating Council'; AMCC) ist für Appelle an den König und Aktionen wie Friedensmärsche zuständig. Im AMCC verbündeten sich Menschenrechtsgruppen und individuelle Flüchtlinge.

### Spielball der Supermächte

Viele Dissidenten und internationale Kritiker zeigen Verständnis für Thimphu's Angst, eine nepalesische Überfremdung wie im benachbarten Sikkim zu erfahren. Sie verurteilen aber die brutalen Vertreibungsmethoden und verlangen die Wiedereinsetzung einer multikulturellen Gesellschaft. Die Herrscher weichen jedoch keinen Zentimeter von ihrer harten Linie ab und sind davon überzeugt, daß viele der "angeblichen" Flüchtlinge in den Lagern "nicht aus Bhutan stammen". Vorhandene Ausweise seien "Fälschungen aus Kalkutta". Botschafter Thinley: "Aus den Lagern kommen nur Lügen. Erstens leben nicht 100.000 Menschen dort, zweitens sind die meisten von ihnen nicht mal in Bhutan gewesen. Wenn sie in Europa ein Lager errichten würden mit den gleichen Bedingungen wie kostenloses Essen, medizinischer Versorgung, Schulausbildung und Auslandsstipendien, würde man Millionen Menschen treffen, die sich in dieses Lager begeben würden. Genau das ist in den Lagern Nepals passiert".

Fest steht, daß Bhutan nie wieder das kleine, unschuldige Paradies sein kann, das es einmal war. Durch die Vertreibung und Ausbürgerung eines Teils seiner Bevölkerung, die nach Meinung der Dissidenten "nur im Einverständnis mit New Delhi erfolgen konnte", verstärkte sich die finanzielle und politische Abhängigkeit von Indien. Aufgrund ihrer brisanten strategischen Lage zwischen

den Supermächten Indien und China (mit dem besetzten Tibet) versuchen Bhutan und Nepal, die "großen Brüder" im Norden und Süden nicht zu verärgern. Indien wie China zählen die beiden "Pufferstaaten", über deren Himalaya-Gipfel die Grenze verläuft, zu ihrem Einflußbereich. Die Angst, insbesondere von Indien politisch geschluckt oder mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt zu werden, ist durchaus nicht unbegründet. Die längste Handelsblockade, die Indien 1989 über das Binnenland Nepal verhängte, dauerte ein ganzes Jahr.

### Friedensmarsch nach Thimphu - Hunderte von Indien verhaftet

Indien dagegen kann sich nicht länger hinter einer Mauer des Schweigens verstecken. Zugunsten Bhutans bezog es erstmals Stellung. Denn seit Anfang Januar versuchen Hunderte von Flüchtlingen, ihr Recht auf Rückkehr durch einen Friedensmarsch von Nepal ausgehend zur bhutanesischen Hauptstadt Thimphu einzuklagen. Aber Indien verhindert die Passage durch einen Korridor, der zwischen Nepal und Bhutan liegt - trotz Visafreiheit. Mit Hilfe eines Erlasses, der eine Gruppenbewegung von mehr als vier Personen verbietet, verhafteten indische Polizeibeamte über 400 Personen. Offensichtlich auf Druck von amnesty international wurden rund 250 wieder freigelassen. Doch Mitte Februar stieg die Zahl erneut auf 425 an. Die meisten von ihnen hatten sich drei Wochen lang an einem gewaltfreien sit-in auf einer Grenzbrücke beteiligt. Aus gesundheitlichen Gründen hatten sie beschlossen, weiterzumarschieren. Da die Anhörungen vor dem Gericht der indischen Stadt Siliguri ständig verschoben werden, traten viele in einen Hungerstreik. Eine neue Gruppe brach zu einem dritten Friedensmarsch auf.

Bhutan selbst schottet sich mehr denn je ab. Innenminister Dago Tshering warnte jüngst alle öffentlichen Einrichtungen und Klöster im Lande vor dem Eindringen von "Anti-Nationalen" und befahl verstärkte Sicherheitsmaßnahmen. Touristen müssen mit Absagen gebuchter Reisen rechnen. Die Verweigerung von Visa hat schon begonnen.

Im Zusammenhang mit den von indischen Sicherheitskräften festgenommenen bhutanesischen "Friedensmarschierern" hat König Jigme Singye Wangchuk mitgeteilt, seine Regierung verhandle derzeit mit Indien über ein Auslieferungsabkommen. Gleichzeitig betonte der König erneut, daß es sich bei den nach Nepal geflüchteten Personen zu 99 Prozent um "keine Bhutaner" handle. Wie weiter bekannt wurde, sollen Vertreter der Regierungen von Bhutan und Nepal am 4. April zu erneuten

Verhandlungen über das Schicksal der in Nepal in Flüchtlingslagern lebenden Bhutaner zusammenkommen. Aber das politische Klima in Kathmandu ist dafür derzeit nicht gut (siehe Nepal-Teil dieser Ausgabe), so daß es möglicherweise zu einer Verlegung des Termins kommen wird.

# UMBRÜCHE

Die Süd-Ost-West-Zeitschrift

Eine Ost-West - Ko-Produktion des  
**BAOBAB**  
Infoladen Eine Welt (Ost-Berlin)  
erscheint vierteljährlich

Osteuropa  
Islam  
Afrika  
Rassismus  
Widerstand

**ÖkoHERRschaft:** Ökoimperialismus  
Ökofaschismus Nr.6  
**ISLAM:** Feindbilder und  
Wirklichkeiten Nr.7  
**OSTEUROPA:** Kapitalismus, Nationalismus, Demokratie Nr.9  
**WIDERSTAND:** Kein richtiges Leben  
im Falschen? 11/12  
**KURDISTAN:** Im Osten nichts Neues 13

Nr.14 (Januar '96)

## CHIAPAS

Der Kampf um Land und Freiheit

**Mexiko:** Von der Revolution zur  
Krise zur Revolution

**Chlapas:** Land und Freiheit / Die  
Lage nach der Consulta /  
Deutsche Kaffee-Fincas

**Kaffehandel:** Wie fair ist der faire Preis?

Einzelpreis: DM 4.- (72 Seiten)  
Jahresabo: DM 15.- (4 Ausgaben)  
WiederverkäuferInnenrabatt 20%

Bezug: **BAOBAB** - Infoladen  
Winsstr.53 • 10405 Berlin  
T+F: (030) 442 61 74

Kostenloses Probeheft anfordern!